

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Europäisches Klimagesetz – Klimaneutralität 2050	2
Weltfrauentag – Aktivitäten der EU zur Gleichstellung der Geschlechter	4

In eigener Sache

Besuch des Exzellenz Programm Europa der Bayerischen Staatskanzlei	6
--	---

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

• Weltweites Bündnis für Biodiversität	7
• EU4FairWork – Start der Kampagne zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit	8
• Coronavirus-Reaktionsteam gebildet	9
• Bericht über Fortschritte Albaniens und Nordmazedoniens bei Reformen	10
• RegioStars-Awards 2020	11
• „Wähler ohne Grenzen“ – Bürgerinitiative	11

Sonstiges

• Solidarität mit Griechenland	12
--------------------------------	----

Laufende Konsultationen	14
Tagesordnungen der Institutionen	15
Impressum	15

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Europäisches Klimagesetz – Klimaneutralität 2050

Am Mittwoch, den 4. März, schlug die Europäische Kommission ein Europäisches Klimagesetz vor. Dadurch werden die Ziele des European Green Deals rechtsverbindlich. Kritische Töne kamen von Klimaaktivistin Greta Thunberg, die im EU-Parlament eine Rede hielt.

Klimaneutralität 2050! Dieses ambitionierte Ziel legte die Europäische Kommission in Form des European Green Deals im Dezember 2019 vor. Der erste Schritt in Richtung Klimaneutralität wird nun getätigt: Das vorgeschlagene Europäische Klimagesetz verankert die Ziele des Green Deals rechtsverbindlich und gibt den Kurs für die gesamte EU-Politik der Zukunft vor. EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten stehen nun kollektiv in der Pflicht, die erforderlichen Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene zu ergreifen, um die Ziele zu erreichen. Darüber hinaus ermöglicht das Gesetz Planungssicherheit für Behörden, Unternehmen und BürgerInnen. Überprüft werden sollen die Fortschritte des Klimagesetzes alle fünf Jahre im Einklang mit der globalen Bestandsaufnahme im Rahmen des Übereinkommens von Paris.

Ebenfalls Bestandteil des Klimagesetzes ist ein Fahrplan zum Ziel für 2050:

- Nach einer umfassenden Folgenabschätzung soll 2030 eine neue EU-Zielvorgabe für die Verringerung der Treibhausgasemissionen vorgeschlagen und dementsprechend das Klimagesetz angepasst werden.
- Um zusätzlich Emission bis 2030 zu reduzieren, wird die Kommission bis Juni 2021 alle einschlägigen Politikinstrumente überprüfen und gegebenenfalls eine Überarbeitung vorschlagen.
- Im Zeitraum 2030 bis 2050 soll ein EU-weiter Zielpfad für die Verringerung der

Treibhausgasemissionen festgelegt werden, um Fortschritte zu messen und Planungssicherheit für Behörden, Unternehmen und BürgerInnen zu gewähren.

- Bis September 2023 und anschließend alle fünf Jahre wird die Kommission prüfen, ob die Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten mit dem Ziel der Klimaneutralität und dem Zielpfad 2030-2050 im Einklang stehen.
- Sollten Mitgliedsstaaten Maßnahmen ergreifen, die nicht mit den Zielen des Green Deal in Einklang stehen, kann die Kommission Empfehlungen aussprechen. Daraufhin müssen die Mitgliedsstaaten den Empfehlungen Folge leisten oder aber schlüssig begründen, warum sie dies nicht tun.
- Alle Mitgliedsstaaten müssen Anpassungsstrategien entwickeln und umsetzen. Diese sollen die Widerstandsfähigkeit stärken und die Anfälligkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels verringern.

Nicht nur die Politik ist im Zuge des Green Deals und der Klimaneutralität 2050 gefordert. Auch der Gesellschaft und Wirtschaft kommen wichtige Rollen zu. Daher startet die Kommission heute eine [öffentliche Konsultation](#) zu einer neuen, breit angelegten Initiative: dem [Europäischen Klimapakt](#). Dadurch können sich BürgerInnen und InteressensträgerInnen bei der Konzeption von Klimaschutzmaßnahmen beteiligen und Informationen austauschen. Die öffentliche



Thema der Woche

Konsultation läuft zwölf Wochen. Die Beiträge werden in die Ausgestaltung des Klimapakts einfließen, der im Vorfeld der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im November 2020 in Glasgow (COP 26) ins Leben gerufen wird.

Mit der Vorstellung des Klimagesetzes ist der Maßnahmen-Katalog des Green Deal bei weiten noch nicht beendet. Alleine diesen Monat soll eine europäischen Industriestrategie zur Unterstützung einer sauberen und wettbewerbsfähigen Zukunft für Europas UnternehmenInnen und ArbeitnehmerInnen verabschiedet und ein Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft vereinbart werden. Darüber hinaus wird im März die „Farm to Fork“-Strategie vorgestellt, um die Nahrungsmittelerzeugung nachhaltiger zu gestalten und eine Biodiversität-Strategie präsentiert, um die

natürliche Umwelt der Erde zu schützen. [Weitere Aktivitäten](#) folgen zudem im Sommer 2020.

Doch auch kritische Stimmen waren am Mittwoch zu vernehmen. Die Klimaaktivistin Greta Thunberg hielt im Umweltausschuss des Europäischen-Parlaments eine Rede, in der sie den Vorschlag der Kommission für unzureichend kritisierte. Für Thunberg von entscheidender Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel ist die Verfolgung eines "wissenschaftlich begründeten Ansatz" und ein konsequentes Handeln.

Mehr Informationen zum European Green Deal finden Sie [hier](#).

Antworten auf Fragen rund um das Klimagesetz finden Sie [hier](#).

"Die EU muss eine Vorreiterrolle übernehmen. Sie ist moralisch dazu verpflichtet. Sie hat nun die einzigartige Chance, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht Vorreiter beim Klimaschutz zu sein."

- Klimaaktivistin Greta Thunberg



„Heute lassen wir auf Worte Taten folgen, um den Bürgerinnen und Bürgern in der EU zu zeigen, dass wir es mit unserem Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 ernst meinen. Das Klimagesetz wird sicherstellen, dass wir zielgerichtet und diszipliniert auf Kurs bleiben und über die Umsetzung Rechenschaft ablegen müssen.“

- Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans



Thema der Woche

Weltfrauentag – Aktivitäten der EU zur Gleichstellung der Geschlechter

Der 8. März ist Weltfrauentag. In Brüssel wird dieser Tag genutzt, um Aufmerksamkeit auf die Gleichstellung der Geschlechter zu lenken. Neben einer Veranstaltung im Europäischen Parlament legte auch die Europäische Kommission eine Strategie für die Gleichstellung vor.

Seit 1921 wird jährlich am 8. März weltweit der Internationale Frauentag, der Weltfrauentag, zelebriert. Im Zuge des Weltfrauentages begibt das Europäische Parlament den 25. Jahrestag der Pekinger Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter. Denn 1995 wurde auf der vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen die Erklärung von Peking verabschiedet. Diese beinhaltet die Festlegung von strategischen Zielen zur Erreichung der Geschlechtergleichstellung in zwölf Bereichen, wie Wirtschaft, Gewalt an Frauen und Frauen in Führungspositionen. Die Jubiläumsveranstaltung, ausgerichtet vom Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, fand am Donnerstag, den 5. März statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Parlamentspräsident David Sassoli. Den Vorsitz der Veranstaltung führte die Vorsitzende des Frauenausschusses, die österreichische Abgeordnete Evelyn Regner (S&D). Eine Delegation des Ausschusses wird zudem an der 64. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen ab



dem 9. März in New York teilnehmen und dort über die Fortschritte bei der Umsetzung der Pekinger Erklärung diskutieren. Bereits im Februar hatte das Parlament eine [Resolution](#) verabschiedet, in der die Prioritäten für die Gleichstellung der Geschlechter festgelegt wurden. Darüber hinaus wurden mehrere konkrete Maßnahmen des Parlaments in Bezug auf die Gleichstellung verabschiedet. Diese finden Sie [hier](#).

„Mein Herzensanliegen ist nach wie vor die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen. Ich bin überzeugt davon, dass wir so auch die furchtbaren Gewaltspirale beenden. Die Lohnschere gehört geschlossen – und das wird nur mit verbindlichen Maßnahmen, wie einer Regelung zur Gehaltstransparenz gelingen.“

- Abgeordnete Evelyn Regner.



Thema der Woche

Ebenfalls am 5. März stellte die Europäische Kommission ihre Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa vor. Diese beinhalten zentrale Maßnahmen im Zeitraum 2020-2025 und die **Selbstverpflichtung**, die Gleichstellungsperspektive in allen Politikbereichen der EU miteinzubeziehen. Die konkreten Maßnahmen sind:

Nach wie vor ist sexuelle Gewalt in Europa allgegenwärtig. Daher beabsichtigt die Kommission, Straftatbestände, in denen eine Harmonisierung in ganz Europa möglich ist, auf bestimmte Formen der Gewalt gegen Frauen auszudehnen, einschließlich sexueller Belästigung, Missbrauch von Frauen und Genitalverstümmelung bei Frauen. Darüber hinaus sollen online-Plattformen gesetzlich aufgefordert werden, gegen illegale Aktivitäten und Gewalt gegen Frauen im Internet vorzugehen.

Um das Problem der ungleichen Bezahlung zu beheben, leitet die Kommission eine [öffentliche Konsultation zur Entgelttransparenz](#) ein und wird bis Ende 2020 verbindliche Maßnahmen vorlegen (Alle laufenden Konsultationen der EU finden Sie wie gewohnt am [Ende des Newsletters](#)).

Darüber hinaus möchte die Kommission auch gegen die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen vorgehen: Sie pocht nicht nur auf Annahme ihres Vorschlags für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in den Leitungsorganen von Unternehmen aus dem Jahr 2012, sondern wird sich auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 und durch die Bereitstellung von Mitteln und den Austausch bewährter Verfahren für die Teilhabe von Frauen in der Politik einsetzen. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, hat sich die Kommission zum Ziel gesetzt, bis Ende 2024 auf allen Führungsebenen Geschlechterparität zu erreichen.

Mehr zur Strategie der Kommission finden Sie [hier](#).

Frauen und Männer am Arbeitsmarkt

(2018)

Beschäftigungsquote der Personen im erwerbsfähigen Alter



In Teilzeitbeschäftigung



Im Management



Nicht-erwerbstätige aufgrund familiärer Verpflichtungen / Pflegeaufgaben



Quelle: Eurostat (2018)



Status Quo bei der Gleichstellung der Geschlechter:

In der EU verdienen Frauen im Durchschnitt etwa 16 Prozent weniger pro Stunde als Männer. Kein Mitgliedsstaat hat bisher die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht. Generell feststellbar ist, dass Frauen öfter teilzeitbeschäftigt sind, öfter im Niedriglohnsektor arbeiten und vor allem deutlich weniger Rente erhalten (in Österreich durchschnittlich 39 Prozent weniger als Männer). Des Weiteren sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert: Nur 8 Prozent der Vorstandsvorsitzenden in den größten Europäischen Unternehmen sind Frauen. (Wir berichteten bereits über das Geschlechterspezifische Lohngefälle ausführlich im [Newsletter 02-20](#)).

Auch Gewalt an Frauen bleibt traurige Realität in Europa: Jede dritte Frau in Europa hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Über die Hälfte aller Frauen wurden schon einmal sexuell belästigt.



In eigener Sache

Besuch des Exzellenz Programm Europa der Bayerischen Staatskanzlei

Am Mittwoch, den 4. März 2020, empfing Mag. Simon Lochmann – Direktor des Tiroler Verbindungsbüro in Brüssel – TeilnehmerInnen des Exzellenz Programm Europa (EPE) der Bayerischen Staatskanzlei.

Das EPE ist ein einjähriges, berufsbegleitendes und ressortübergreifendes Fortbildungsprogramm für ausgewählte Nachwuchsführungskräfte in den bayerischen Ministerien mit speziellen Fokus auf Europa. Im Zuge Ihres Brüssel-Aufenthaltes besuchten die TeilnehmerInnen die gemeinsame Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino.

Begonnen wurde der Frühstücksempfang von Direktor Lochmann mit einem kurzen Überblick über die Zusammenarbeit der Europaregion/EVTZ Tirol-Südtirol-Trentino, der EUSALP und der Arge Alp. Letztere wurden von Anfang an vor allem von der engen Kooperation Bayerns und Österreichs bestimmt und vorangebracht. Zusätzlich unterstrich Simon Lochmann die Wichtigkeit der EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) in Tirol, Südtirol und Trentino und

stellte unterschiedliche Projekte vor, die aus der Zusammenarbeit hervorgehen.

Die anschließende Diskussion mit den bayerischen EPE-TeilnehmerInnen fokussierte vor allem die derzeitige Transitfrage und den Bau des Brennerbasistunnels bzw. der Zulaufstrecken. Im Zuge dessen stellte Direktor Simon Lochmann ausführlich die derzeitige Sachlage dar, betonte aber auch die noch immer existierende enge Freundschaft zwischen Bayern und Tirol. In diesem Sinner erhoffe er sich eine enge zukünftige Kooperation und gemeinschaftliches Handeln, erklärte Lochmann.

Weitere Themengebiete, die besprochen wurden, waren A1-Bescheinigungen für Dienstreisen und deren Kontrolle im Grenzgebiet in Tirol und die Förderung von Wasserstoff-Technologie in Bayern und der Europaregion.





Europäische Kommission

Weltweites Bündnis für Biodiversität

Die Europäische Kommission hat ein neues weltweites Bündnis für Biodiversität auf den Weg gebracht. Mithilfe der Kommunikationskampagne soll mehr Sensibilität hinsichtlich der Notwendigkeit des Biodiversitätsschutzes geschaffen werden.

Seit 2014 findet jährlich am 3. März der Tag des Artenschutzes statt. Ziel des von der UN ausgerufenen Aktions- und Gedenktages ist es, Bewusstsein für bedrohte wildlebende Arten zu schaffen. Diesen Tag nahm sich die EU-Kommission zum Anlass, in Monaco ein neues weltweites Bündnis für Biodiversität vorzustellen. Nationalparks, Aquarien, botanischen Gärten, Zoos sowie Wissenschafts- und Naturkundemuseen sollen sich zusammenschließen, um die Öffentlichkeit stärker auf die Krise der Natur aufmerksam zu machen. Denn solche Institutionen sind die besten Botschafter, um das Thema der breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Darüber hinaus sollen auch nationale, regionale und lokale Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, ForscherInnen sowie die BürgerInnen ihren Teil zur Sensibilisierung beitragen.

Ende März wird die Kommission die neue EU-Strategie für Biodiversität zum Schutz und zur

Wiederherstellung der Natur bekannt geben. In der ersten Juni Woche findet zudem eine Grüne Woche der EU mit Dutzenden von Veranstaltungen in Europa sowie einer Konferenz in Lissabon und in Brüssel statt. Auch hier soll die Gesellschaft für den Schutz der Natur und der Biodiversität mobilisiert werden. Großer Höhepunkt wird die 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über biologische Vielfalt (CoP 15) im Oktober 2020 sein. Im Zuge dessen sollen die 196 Vertragsparteien des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt einen neuen globalen Regelungsrahmen zur Wiederherstellung der Natur vereinbaren. Der neue Schwerpunkt des Bündnisses für Biodiversität soll auf koordinierten Maßnahmen mit konkreter Wirkung liegen. Ziel wird sein, die Tendenz des Biodiversitätsverlusts umzukehren.

Offizielle Website des [Tag des Artenschutzes](#)

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Artensterben:

Die Natur verschlechtert sich zurzeit in einem in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Ausmaß. Bis zu einer Millionen Arten sind vom Aussterben bedroht. Dies hat auch Auswirkungen auf uns Menschen: Die Ökosysteme könnten eines Tages nicht mehr in der Lage sein, die Menschheit mit Wasser, Nahrung, sauberer Luft oder Holz zu versorgen. Wichtige Prozesse wie Bestäubung, Regulierung des Klimas, Bodenbildung und Hochwasserschutz könnten zudem erheblich beeinträchtigt werden.



Europäische Kommission

EU4FairWork – Start der Kampagne zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit

Am Montag, den 2. März, startete die Europäische Kommission die erste europäische Kampagne für angemeldete Erwerbstätigkeit.

Schwarzarbeit in Europa ist allgegenwärtig. Laut neuesten Umfragen, hat jede/r zehnte EuropäerIn im vergangenen Jahr Waren oder Dienstleistungen erworben, die möglicherweise auf nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zurückgehen. Ein Drittel der EuropäerInnen kennt jemanden, der eine nicht angemeldete Erwerbstätigkeit ausübt. Daher startet die Europäische Kommission nun eine Kampagne zur Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit. Ziel ist es, ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen und politische EntscheidungsträgerInnen für das Thema Schwarzarbeit zu sensibilisieren. Denn durch Schwarzarbeit wird den ArbeitnehmerInnen eine soziale Absicherung verwehrt, der Wettbewerb zwischen Unternehmen wird verzerrt und enorme Lücken in den öffentlichen Finanzen entstehen. Start der Kampagne ist in den Sozialen Medien, wo unter dem Hashtag #EU4FairWork Schwarzarbeit thematisiert werden kann. Am 16. März beginnt in

den EU-Mitgliedstaaten eine Aktionswoche für angemeldete Arbeit, im Zuge derer unter anderem Inspektionen in Risikosektoren stattfinden und Informationsveranstaltungen sowie Besuche in weiterführenden Schulen veranstaltet werden. Die Kommission wird ferner einen [Bericht](#) über die Tätigkeiten der Europäischen Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit annehmen. Diese wurde 2016 ins Leben gerufen und setzt sich aus den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten und VertreterInnen branchenübergreifender Sozialpartner auf EU-Ebene zusammen. Durch die Plattform können EU-Staaten gegenseitig von den Erfahrungen lernen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit intensivieren. In Zukunft soll die Plattform Teil der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Jede geleistete Arbeit ist wichtig, und alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf ihre sozialen Rechte. Mit dem heutigen Start dieser Kampagne wollen wir, dass Arbeitnehmer, Unternehmen und Regierungen zusammenkommen, um die Vorteile angemeldeter Arbeit anzuerkennen. Die EU verstärkt ihre Anstrengungen zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit, zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in diesem Bereich und zur europaweiten Sensibilisierung für die Thematik. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass nicht angemeldete Erwerbstätigkeit schon bald der Vergangenheit angehört.“

- Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte



Europäische Kommission

Coronavirus-Reaktionsteam gebildet

Die EU-Kommission hat ein aus fünf KommissarInnen bestehendes Coronavirus-Reaktionsteam gebildet, das die Arbeit zur Eindämmung des Covid-19-Ausbruchs koordinieren wird.

Die Europäische Union hat bereits viele Schritte unternommen, das Coronavirus einzudämmen. Unter anderem wurden bisher 232 Mio. Euro bereitgestellt (Wir berichteten ausführlich im [Newsletter 08-20](#)). Zusätzlich wird nun das Coronavirus-Reaktionsteam die Aktionen der EU koordinieren. Gearbeitet wird an drei zentralen Themen:

1. Medizinischer Bereich: Hier geht es um Prävention, Informationskampagnen und persönliche Schutzausrüstungen. Entscheidend ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittelagentur.
2. Mobilität: In diesem Themenbereich werden Fragen zum Verkehr, Schengen-Raum und Reiseberatung koordiniert.
3. Wirtschaft: Behandelt werden verschiedenen Wirtschaftssektoren - wie Tourismus, Verkehr, Handel, Wertschöpfungsketten und makroökonomische Perspektiven.

Neu eingerichtet wurde zudem eine [Website](#), auf der alle EU-weit gültigen Informationen zu Covid-19 zu finden sind. Die Website bietet Informationen über die wichtigsten Aktivitäten in den Bereichen Medizin, Katastrophenschutz, Mobilität, Wirtschaft und Statistik sowie Links zu den Websites der Mitgliedstaaten und zu den neuesten Studien. Gleichzeitig versucht die Kommission online-Plattformen wie Google, Facebook, Twitter und

Microsoft dabei zu unterstützen, Schritte gegen die Verbreitung von Desinformationen und Verschwörungstheorien rund um den Ausbruch des Coronavirus zu unternehmen. Die Plattformen haben dahingehend – auf Grundlage des EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation – bereits erste Schritte unternommen. Ein klares Zeichen für die Wirksamkeit des Verhaltenskodex.

Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC), das die Entwicklungen bezüglich Covid-19 in der EU engmaschig überwacht, hat das Risiko für die EU-Bevölkerung von moderat zu hoch angepasst. Gleichzeitig hat der kroatische Ratsvorsitz eine Hochstufung der Integrierten Regelung für die politische Reaktion auf Krisen („Integrated Political Crisis Response“ – IPCR) vom Informationsaustausch-Modus zum Modus der vollständigen Aktivierung beschlossen. Dadurch kann die übergreifende Zusammenarbeit noch besser koordiniert und Entscheidungen rascher getroffen werden. Im Bereich der Erforschung eines Heilmittels hat die Kommission bekanntgegeben, im Zuge der Initiative „Innovative Arzneimittel“, eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und der Pharmaindustrie, 45 Mio. Euro bereitzustellen, um Forschungsprojekte rund um Covid-19 zu unterstützen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Bericht über Fortschritte Albanien und Nordmazedoniens bei Reformen

Die Europäische Kommission hat am Montag, den 2. März, zwei Sachberichte über die Fortschritte veröffentlicht, die Albanien und Nordmazedonien bei Reformen erzielt haben. Auf Grund der positiven Bilanz der Berichte bestätigt die Kommission ihre Empfehlung, Beitrittsverhandlungen mit den Staaten zu beginnen.

Im Juni 2018 hatte der Europäische Rat Bereiche festgelegt, in denen Reformbedarf für die beiden Länder bestehen, um Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die nun erschienenen Berichte geben darüber Auskunft, wie weit diese Vorgaben umgesetzt wurden. Den Berichten zufolge hat Albanien wesentliche Fortschritte im Bereich der Umsetzung einer Justizreform getätigt. Dazu zählen neben der Bekämpfung von Korruption, organisierter Kriminalität und Drogenhandel auch die Behandlung unbegründeter Asylanträge. Auch Nordmazedonien ist es gelungen, Schritte in Richtung Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz zu tätigen und Korruption und organisierter Kriminalität zu unterbinden.

Der Rat wird voraussichtlich auf seiner Tagung im März 2020 auf der Grundlage der überarbeiteten Methodik und der Fortschritte von Nordmazedonien und Albanien über das weitere Vorgehen in der Erweiterungspolitik im Hinblick auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beraten. Die Kommission wird zur Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-Westbalkan, das am 6./7. Mai in Zagreb stattfindet, einen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Investitionsplan für die Region vorlegen.

Bei der Vorstellung der Berichte führte Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, aus:

„Nach der Annahme der überarbeiteten Methodik für den Beitrittsprozess im Februar legen wir heute unsere Sachstandsberichte über Albanien und Nordmazedonien vor. Daraus geht hervor, dass beide Länder ihre Anstrengungen verstärkt und in den in den Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2018 genannten Schlüsselbereichen weitere greifbare und nachhaltige Ergebnisse erzielt haben. Die Kommission hält an ihren Empfehlungen fest, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, und ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen eine positive Entscheidung treffen.“

Den Bericht zu Albanien finden Sie [hier](#), den Bericht zu Nordmazedonien [hier](#).

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

RegioStars-Awards 2020

Die Kommission startet die 13. Ausgabe des RegioStars-Wettbewerbs. Vom 2. März bis 9. Mai 2020 können EU-unterstützte kohäsionspolitische Projekte eingereicht werden.

Die thematischen Gebiete, in denen ein Projekt eingereicht werden kann, sind intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Stadtentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Eine unabhängige Jury aus hochrangigen WissenschaftlerInnen wird die eingereichten Projektanträge bewerten. Zudem wird auch die Öffentlichkeit eingeladen, ihr eigenes Lieblingsprojekt über ein öffentliches Online-Abstimmungssystem auszuwählen. Verliehen werden die Preise an die GewinnerInnen im Rahmen der im Oktober 2020 stattfindenden Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel.

Den Teilnahmeleitfaden finden Sie [hier](#).

Bewerben können Sie sich [hier](#).

„RegioStars sind eine Möglichkeit, hervorragende EU-Projekte ins Rampenlicht zu rücken. Wir möchten unsere Kollegen in Regionen und Städten für ihre harte Arbeit bei der Verbesserung der Lebensqualität ihrer lokalen Gemeinschaft mit Hilfe von EU-Mitteln belohnen. Die Gewinnerprojekte können auch eine Inspiration für andere zukünftige Projekte sein.“

- Elisa Ferreira, Kommissarin für Zusammenhalt und Reformen

„Wähler ohne Grenzen“ – Bürgerinitiative

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, 4. März, eine Europäische Bürgerinitiative registriert, die darauf ausgerichtet ist, das aktive und passive Wahlrecht für EU-Bürger auf regionale und nationale Wahlen in ihrem Wohnsitzland auszuweiten.

Hauptargument der Bürgerinitiative „Voters Without Borders, Full Political Rights for EU Citizens“ ist, dass immer mehr EU-Bürger in anderen Mitgliedstaaten leben und arbeiten als in dem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Dabei stoßen sie oft auf große Hindernisse bei der Ausübung ihres Wahlrechts.

Nach der heutigen Registrierung der Initiative können die Organisatoren innerhalb der nächsten 6 Monate mit einem einjährigen Prozess der Unterschriftensammlung zur Unterstützung

beginnen. Sollte die Initiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von 6 Monaten reagieren. Sie kann dann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Die Website der Bürgerinitiative „Wählen ohne Grenzen“ finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Solidarität mit Griechenland

Derzeit ist Griechenland mit großen Herausforderungen an seiner Land- als auch an seiner Seegrenze zur Türkei konfrontiert. Grund sind zehntausende Flüchtlinge, die in Folge von Falschinformationen in die EU einreisen möchten. Die Europäische Union versucht nun Griechenland mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reiste gemeinsam mit weiteren EU-Spitzen am Dienstag, 3. März, nach Griechenland, um sich ein Bild von der Lage an der Grenze zu machen. Dabei betonte von der Leyen, dass die Kommission jede notwendige operative Unterstützung für die griechischen Behörden mobilisieren werde. Die EU-Grenz- und Küstenwache Frontex bereite sich auf die Entsendung eines Grenzinterventionsteams vor. Dazu gehören sieben Schiffe, zwei Helikopter, ein Flugzeug und 100 weitere Grenzschützer, zusätzlich zu den bereits 530 Frontex-Beamten vor Ort. Darüber hinaus soll finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der aktuellen Situation an der Außengrenze in Höhe von 700 Mio. Euro – davon 350 Mio. sofort – bereitgestellt werden. Auch der EU-Katastrophenschutzmechanismus ist auf Bitten Griechenlands aktiviert worden. Über diesen Weg können EU-Staaten Unterkünfte, Zelte, medizinische Teams und Ausrüstung nach Griechenland schicken. Des Weiteren sollen 160 Experten aus den

Erklärung EU-Türkei:

Im Zuge des EU-Türkei-Abkommens 2016 hat die EU 6 Mrd. Euro an Hilfgeldern angekündigt. Ausgezahlt wurden bereits über 3 Mrd. Euro. Mit diesen Mitteln finanziert die EU derzeit über 100 Projekte in der Türkei, die mehr als 1,7 Millionen Flüchtlingen zugutekommen. Unter anderem wird mit den Geldern Schulunterricht für 500.000 Flüchtlingskinder ermöglicht, über 9 Mio. Arztbesuche finanziert und 650.000 Kinder haben eine Impfung erhalten. Wichtig dabei: Die EU-Mittel im Rahmen der EU-Flüchtlingsfazilität in der Türkei fließen nicht in den türkischen Haushalt. Sie werden gezielt für Projekte für syrische Flüchtlinge verwendet. Alle humanitären Hilfgelder der EU werden streng überwacht.

Einen Factsheet zur EU-Türkei Erklärung finden Sie [hier](#).

„Diese Grenze ist nicht nur eine griechische Grenze, sondern auch eine europäische Grenze. Ich stehe heute hier als Europäerin an Ihrer Seite. Ich möchte auch mein Mitgefühl für die Migranten zum Ausdruck bringen, die durch falsche Versprechungen in diese verzweifelte Situation gelockt wurden. Wir sind heute hierhergekommen, um Griechenland eine sehr klare Erklärung der europäischen Solidarität und Unterstützung zu übermitteln. Unsere erste Priorität ist es, sicherzustellen, dass die Ordnung an der griechischen Außengrenze, die auch eine europäische Grenze ist, aufrechterhalten wird. Ich bin fest entschlossen, den griechischen Behörden die notwendige operative Unterstützung zukommen zu lassen.“

- Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen



Sonstiges

Mitgliedsstaaten nach Griechenland entsandt werden. Die Kommission beabsichtigt zudem, einen Neuen Pakt zu Migration und Asyl vorzulegen.

Zeitgleich sind der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und Krisenkommissar Janez Lenarčič nach Ankara aufgebrochen und führten Gespräche über die anhaltende Eskalation in der syrischen Provinz Idlib, die humanitären Folgen für die dortige Zivilbevölkerung und die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei. Verlautbart wurde, die am stärksten gefährdeten Menschen in Syrien mit weiteren 170 Mio. Euro an humanitärer Hilfe zu unterstützen, einschließlich 60 Mio. Euro zur Bewältigung der humanitären Krise im Nordwesten Syriens.

Am Mittwoch fand zudem ein Sondertreffen des Rates für Justiz und Inneres statt. Am Donnerstag folgten ein Treffen der europäischen Außenminister in Zagreb und ein Treffen der EU-Innenminister in Brüssel. Jeweils wurde Solidarität mit Griechenland bekundet. Verurteilt wurde der Missbrauch der Flüchtlinge für politische Zwecke. Die Türkei wurde aufgerufen, die EU-Türkei Erklärung einzuhalten. Wichtiges Anliegen der EU sei nun, die EU-Außengrenzen wirksam zu schützen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Die Maßnahmen, die wir heute auf der außerordentlichen Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ vorstellen werden, beruhen auf unserer verbesserten Fähigkeit, praktische Unterstützung zu leisten, sei es durch Experten oder Ausrüstung. Wir wollen zuallererst sicherstellen, dass aus einer kurzfristigen politischen Krise keine dauerhafte humanitäre Krise wird. Wir müssen zu unseren Werten stehen und strukturelle Lösungen für langfristige Probleme finden. Ich möchte unseren politischen Appell an die Mitgliedstaaten erneuern, Solidarität mit Griechenland zu zeigen, und gerade für unbegleitete Minderjährige auf den Inseln Lösungen anzubieten.“

- Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle – Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern](#)

Beschäftigung und Soziales

5. März 2020 - 28. Mai 2020

[Europäischer Klimapakt](#)

Klimaschutz

4. März 2020 - 27. Mai 2020

[Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 25. Mai 2020

[Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

[Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

[Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz - Ein europäischer Ansatz](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

[Europäische Strategie für Daten](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

[Überprüfung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen und Marktteilnehmer](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

17. Februar 2020 - 20. April 2020

[Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch](#)

Steuern

10. Februar 2020 - 6. April 2020

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 7. Mai 2020

[Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 3

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200304PHT73998/20200304PHT73998_original.jpg

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/timmermans_en

S. 4

©Emmanuele Continin/NurPhoto/Getty Images

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200225PHT73309/20200225PHT73309_original.jpg

S. 5

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200227STO73519/geschlechtsspezifisches-lohngefalle-zahlen-und-fakten-infografik>

S. 6

©Konrad Pözl